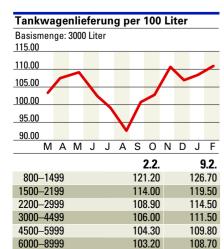
DIE DEBATTE

Der Druck auf den Schweizer Finanzplatz ist massiv. Aus den USA drohen Klagen, mit den benachbarten Ländern sind die Doppelbesteuerungsabkommen noch nicht in trockenen Tüchern. Auch externe Faktoren, die Eurokrise, die niedrigen Zinssätze und in der Folge sinkende Margen tragen zur allgemeinen Verunsicherung bei. Rasch wird jetzt nach einer Weissgeldstrategie nach dem Vorbild Liechtensteins gerufen. Doch was das konkret heissen soll, steht auf einem anderen Blatt. Bankiers sollen auf ihre unversteuerten Gelder verzichten, darauf können sich die meisten noch einigen. Doch wie sollen sie sicherstellen, dass ihre Kunden ihre Gelder wirklich versteuern? Sollen Schweizer Banken als verlängerter Arm der ausländischen Steuerbehörden auftreten? Soll ein automatischer Informationsaustausch die Regel werden? Und was heisst das dann für die Kunden in der Schweiz? Das Verhältnis zwischen Kunde und Vermögensverwalter würde auf eine neue Basis gestellt. Die az hat zwei Experten zum Interview gebeten. Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann und Banker Thomas Matter.

Heizölpreise

9000-13999



102.50

108.00

Swissoil Aargau

steuerung zu fordern? Das Liechtensteiner Modell ist das

Schlaumeier-Modell. Die Steuerhin-

«Das Steuerabkommen wäre ein Schlag ins Gesicht der Steuergerechtigkeit»

Ulrich Thielemann Weshalb der Wirtschaftsethiker die Weissgeldstrategie nicht konsequent findet.

VON BENNO TUCHSCHMID

Herr Thielemann, wir sind im Jahre 2012 und die Schweizer Banken stecken immer noch in einer Krise. Wieso?

Ulrich Thielemann: Die Krise hat zwei Gründe: das Bankgeheimnis und die anhaltende Weltfinanzkrise. Deren gemeinsamer Nenner ist die Gier. Die Banken setzten das um, was in den Lehrbüchern schon lange gepredigt wird: die totale Gewinnmaximierung. Das ist die Ideologie, die hinter der Krise, auch der Schweizer Banken, steht. Gemäss dieser Ideologie gibt es keine Gewinne, die zu hoch ausfallen könnten, und es muss alles rausgeholt werden, was es rauszuholen gibt. Da liegt der Hund begraben.

Mit anderen Worten: Die Schweizer Banken haben nichts gelernt?

Letztlich wohl nicht. Sie müssten ganz grundsätzlich lernen, dass es Gewinne gibt, die zwar erzielt werden können, deren Erzielung aber ethisch falsch ist. Sie müssten sich von der Gewinnmaximierung verabschieden. Aber das lässt der tief in den Köpfen verankerte Ökonomismus nicht zu. Viele sagen: Das Ökonomiestudium ist eine Art Gehirnwäsche. Es erzieht zur

«Die Schweiz ist overbanked und die Welt ist overfinanced.»

Gewinnmaximierung. Diese Erfahrung habe ich auch gemacht, nicht bloss in St. Gallen.

Das zu ändern ist ein langfristiger Prozess. Sind Sie für staatliche Zwangsmassnahmen?

Was heisst Zwangsmassnahmen? Es bedarf in einem liberalen Rechtsstaat der Regulierungen. In der heutigen Welt müssen diese global greifen. Im Moment sind ja die Regulierungen der verschiedenen Länder selber im Wettbewerb untereinander, das ist absurd. Wir haben die Volkssouveränität ans Kapital verloren. Und wir hofieren weiterhin das Kapital, weil so angeblich Arbeitsplätze entstehen, obwohl dadurch nur der Wettbewerb vorangetrieben wird, der uns zum Wachstum zwingt, das allerdings zunehmend dem Kapital selbst zugute-

Die Schweiz will die Banken jetzt mit einer Weissgeldstrategie aus der Schusslinie holen. Ist das der richtige Weg?

Die Schweiz scheint endlich erkannt zu haben, dass Steuerausländer in ihren Wohnsitzstaaten zu besteuern sind. Das sind Menschen, die im Ausland wohnen, durch die Schweizer Gesetzgebung aber faktisch von den Steuern befreit sind. Die Schweiz hat als Rechtsstaat zu lange offen dafür geworben. Viele Schweizer begreifen noch immer nicht, dass damit in massivster Weise in die Souveränität anderer Staates eingegriffen wird. Mir geht es dabei nicht um die Schweiz ad personam. Mir geht es um die Unhaltbarkeit dieser Argumentation und Praxis. Die Weissgeldstrategie geht in die richtige Richtung, ist aber nicht konsequent.

Was wäre konsequent?

Es gibt keine Alternative zum Informationsaustausch. Alles andere ist, pardon, Diebstahl an fremdem Steuer-

Was sagen Sie zum Liechtensteiner Modell, bei dem die Banken verpflichtet sind, Belege für die Ver-



Will den Datenaustausch: Ulrich Thielemann. MARTIN GUGGISBERG/13 PHOTO

«In der Schweiz hat die

Verhinderung des Infor-

die Wahrung des Bank-

heilige Kuh abgelöst.»

mationsaustausches

geheimnisses als

terzieher können ihr Geld billig weisswaschen. Und weil das so ist, setzt man darauf, dass viele Steuerhinterzieher ihr Schwarzgeld ins Ländle transferieren.

Sie haben 2009 der Schweiz fehlendes Unrechtsbewusstsein vorgeworfen. Das hat für grossen Wirbel gesorgt. Drei Jahre später ist das Bankgeheimnis durchlöchert. Zufrieden?

Das Bankgeheimnis mag infrage gestellt sein, aber nicht aus moralischen Gründen, sondern weil sich die politische Grosswetterlage geändert hat. Der stolzere Weg wäre gewesen, sich einzugestehen: Wir haben Fehler gemacht.

Hat die Schweiz ohne Bankgeheimnis überhaupt eine Chance?

Das Bankgeheimnis nützt doch in

erster Linie den Grossbanken und ein paar Privatbanken. Wie gross die Bedeutung für den Wohlstand in der Schweiz ist, da setze ich mal ein grosses Fragezeichen. Für den einen oder wirds anderen schmerzhaft. Aber

es ist nun mal so: Die Schweiz ist overbanked und die Welt ist overfinanced. Davon müssen wir wieder weg, zurück zur Sozialen Marktwirtschaft. Wohlstand für alle, nicht Wohlstand für wenige.

Der deutsche Bundesrat wird bald über das Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz abstimmen. Die SPD hat im Gremium eine Mehrheit und es sieht danach aus, als ob sie das Abkommen verhindern wird ...

Hoffentlich! Das Steuerabkommen wäre ein Schlag ins Gesicht der Steuergerechtigkeit. Es wurde von Bankern und Bank-Lobbyisten geschrieben. Es ist wichtig, dass es scheitert. Dies nicht nur, weil das Schwarzgeld ziemlich billig weissgewaschen würde und weil die Daten-CDs nicht mehr verwendet werden dürften. Wer nur schreibt so etwas in ein solches Abkommen? Es soll vor allem scheitern, weil es den bereits innerhalb der EU in Gang gesetzten Paradigmawechsel hin zum fiskalischen Informationsaustausch vereiteln soll. Stattdessen soll eine unzureichende «Abgeltungssteuer» greifen. Österreich und Luxemburg haben schon angekündigt, dass sie dann beim Informationsaustausch auch nicht mitmachen werden. Aber in der Schweiz hat die Verhinderung des Informationsaustausches die Wahrung des Bankgeheimnisses als heilige Kuh abgelöst, viele sind für Argumente gar nicht mehr zugänglich.

Was soll denn Deutschland stattdessen tun?

Ich vertrete nicht deutsche Sicht. die ich vertrete die Sicht der Steuergerechtigkeit. Ich denke, die EU hat letztlich die Macht und vor allem hat sie das Recht, auf den auto-

matischen Informationsaustausch zu drängen.

Sie waren fast 20 Jahre in St. Gallen. An der HSG waren sie ein Stachel im Fleisch der Universität, jetzt arbeiten sie in einem ruhigeren Umfeld. Wie unterscheidet sich die Arbeit?

Innerhalb der Universität wurde meine wissenschaftliche Arbeit ja gar nicht wahrgenommen. Es bestand dort gar kein Interesse, die Pointe der gemeinsam mit Peter Ulrich entwickelten integrativen Wirtschaftsethik wenigstens zu verstehen. Man hat sich mit mir nur beschäftigt, wenn es um irgendwelche öffentlichen Aussa-

■ DIE PERSONEN: **ULRICH THIELE-**MANN UND THOMAS MATTER

Ulrich Thielemann (50) ist Wirtschaftsethiker und leitet in Berlin die Denkfabrik Me'M (Menschliche Marktwirtschaft). Thielemann war bis 2010 Lehrbeauftragter für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen. 2009 hatte er vor dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestags der Schweiz mangelndes «Unrechtsbewusstsein» beim Thema Schwarzgeld vorgeworfen. Die Aussage löste in der Schweiz einen Sturm der Entrüstung aus und brachte Thielemann auch massive Kritik seitens der Uni-Führung ein. Kurz nach der Affäre kehrte Thielemann nach Deutschland zurück. Seit 2005 ist er Leiter der Ethikkontrollstelle der Alternativen Bank Schweiz. Thielemann ist Autor der Bücher «System Error» und «Wettbewerb als Gerechtigkeitskonzept».

Thomas Matter (46, Interview auf der rechts liegenden Seite) ist im Baselbiet aufgewachsen. Der Sohn des langjährigen Roche-Pensionskassen-Chefs absolvierte eine Banklehre und brachte es als Jungbanker zu einem Vermögen. Bekannt wurde er 2005 im Zusammenhang mit der so genannten Swissfirst-Affäre. Nach Medienberichten, er habe bei der Fusion einzelne Aktionäre bevorzugt, trat er als CEO der Bank Swissfirst zurück. Es kam indes nie zu einer Anklage. Heute ist er Mitinhaber der Neuen Helvetischen Bank mit Sitz in Zürich. Als Mitglied der SVP hat Matter letzten Herbst für einen Zürcher Nationalratssitz kandidiert. Laut einem Bericht der Zeitung «Der Sonntag» hat Matter bei der Gründung der Medien-Vielfalt Holding, die hinter der «Basler Zeitung» steht, die Finanztransaktionen durchgeführt. Die Zeitschrift «Bilanz» schätzt Matters Vermögen auf 100 bis 200 Millionen Franken. (AZ)

gen ging, mit denen man nicht einverstanden war.

Sie scheinen noch immer sauer auf die St. Gallen zu sein.

Nein, gar nicht. Aber es ist so: Ich war schon enttäuscht, dass man mich noch nicht einmal zu einem Probevortrag im Berufungsverfahren eingeladen hat, denn die formalen Bedingungen des Verfahrens waren so ausgerichtet, dass ich zum Vornherein nicht infrage kam. Ich zweifle nicht daran, dass dies kein Zufall war.

Wie hat sich das Verhältnis zwischen der Schweiz und Deutschland in dieser Zeit verändert?

Die Schweiz und Deutschland haben grosse Gemeinsamkeiten. Aber ich glaube, dass sich die Schweiz etwas wegentwickelt hat. Nehmen Sie die Sprache: Die älteren Schweizer sprechen mit Deutschen hochdeutsch, die Jüngeren nicht. Man hat eine Distanz aufgebaut, die es so eigentlich gar nicht gibt. Das hat natürlich auch mit der Invasion der Deutschen in der letzten Zeit zu tun. Ich kann verstehen, dass das auch zu Abwehrreflexen führt. Das Verhältnis wurde insgesamt weniger freundschaftlich. Das ist schade.

St. Gallen ist die Heimat der Bank Wegelin. Kennen Sie Mitarbeiter?

Ich hab Herrn Hummler mal getroffen an einer Veranstaltung. Er hat seine kleine Privatbank sehr sympathisch vorgestellt. Er sagte damals: Wir haben fast nur Schweizer Kunden, und es klang so, als sei er froh, mit dem Thema Bankgeheimnis gegenüber dem Ausland nichts zu tun zu haben. Dass er ein ideologischer Libertärer, ein Tea-Party-Vertreter ist, zeigte sich später, als er sich als besonders dreister Befürworter der Beihilfe zur Steuerhinterziehung präsentierte. Die Rechnung bekam er nun. Die Traditionsbank Wegelin hat er gegen die Wand gefahren.